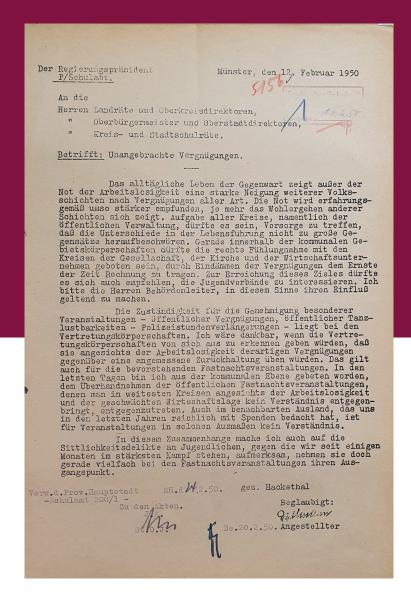


# **Stadtarchiv**

# Archivquellen für den Unterricht



# Unangebrachte Vergnügungen 1950

(Thema: Nachkriegszeit und Gründung der Bundesrepublik)



# Unangebrachte Vergnügungen 1950 (Thema: Nachkriegszeit und Gründung der Bundesrepublik)

### Vorbemerkung für Lehrkräfte:

Die Kernlehrpläne für den schulischen Geschichtsunterricht in NRW sehen für Gymnasien im Inhaltsfeld 10 die Beschäftigung mit gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland seit 1945 vor. Neben deutschdeutschen Beziehungen im Kalten Krieg und Transformationsprozessen etwa im Rahmen wirtschaftlicher Rezessionen seit den 1970er Jahren soll auch die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit einen inhaltlichen Schwerpunkt darstellen. Auf Ebene der Sachkompetenzen sollen Schülerinnen und Schüler den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Neubeginn in den Besatzungszonen erläutern können.

Für Realschulen bietet sich eine Einbindung ins Inhaltsfeld 9 an: Neuordnung der Welt und Situation Deutschlands, das ausgehend von der Zerstörung Europas die Bildung zweier Blöcke thematisiert. Auf Sachkompetenzebene wird von den Schülerinnen und Schülern gefordert, die unterschiedlichen Lebensbedingungen nach der doppelten Staatsgründung erklären zu können. Das Lokalbeispiel aus der jungen Bundesrepublik kann als Einstieg dienen, wenn die divergierenden ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen in beiden Teilen Deutschlands betrachtet werden: Wie veränderten sich die Lebensbedingungen der Westdeutschen nach Gründung der Bundesrepublik und mit Hilfe westalliierter Aufbauprogramme; wie lässt sich die Stimmung der jungen Bundesrepublik charakterisieren?

Im Stadtarchiv sind verschiedenste Quellen von Akten über Zeitungen oder Plakate bis zu Fotos und Stadtplänen aus der Nachkriegszeit für Forschung und Bildung nutzbar. Außerdem bietet das Stadtarchiv archivpädagogische Angebote etwa zur Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen in Münster nach 1945 an.

#### Stadtarchiv Münster, Amt 40 (Schulamt), Nr. 3, Band 1.

Der Regierungspräsident P/Schulabt.

Münster, den 12, Februar 1950

An die

Herren Landräte und Oberkreisdirektoren,

Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren,

99 Kreis- und Stadtschulräte.

Betrifft: Unangebrachte Vergnügungen.

Das alltägliche Leben der Gegenwart zeigt außer der Not der Arbeitslosigkeit eine starke Neigung weiterer Volksschichten nach Vergnügungen aller Art. Die Not wird erfahrungsgemäß umso stärker empfunden, je mehr das Wohlergehen anderer Schichten sich zeigt. Aufgabe aller Kreise, namentlich der öffentlichen Verwaltung, dürfte es sein, Vorsorge zu treffen, daß die Unterschiede in der Lebensführung nicht zu große Gegensätze heraufbeschwören. Gerade innerhalb der kommunalen Gebietskörperschaften dürfte die rechte Fühlungnahme mit den Kreisen der Gesellschaft, der Kirche und der Wirtschaftsunternehmen geboten sein, durch Eindämmen der Vergnügungen dem Ernste der Zeit Rechnung zu tragen. Zur Erreichung dieses Zieles dürfte es sich auch empfehlen, die Jugendverbände zu interessieren. Ich bitte die Herren Behördenleiter, in diesem Sinne ihren Einfluß geltend zu machen. Das alltägliche Leben der Gegenwart zeigt außer der geltend zu machen.

Die Zuständigkeit für die Genehmigung besonderer Veranstaltungen - öffentlicher Vergnügungen, öffentlicher Tanz-lustbarkeiten - Polizeistundenverlängerungen - liegt bei den Vertretungskörperschaften. Ich wäre dankbar, wenn die Vertretungskörperschaften von sich aus zu erkennen geben würden, daß sie angesichts der Arbeitslosigkeit derartigen Vergnügungen sie angesichts der Arbeitslosigkeit derartigen Vergnügungen gegenüber eine angemessene Zurückhaltung üben würden. Das gilt auch für die bevorstehenden Fastnachtsveranstaltungen. In den letzten Tagen bin ich aus der kommunalen Ebene gebeten worden, dem Überhandnehmen der öffentlichen Fastnachtsveranstaltungen, denen man in weitesten Kreisen angesichts der Arbeitslosigkeit und der geschwächten Wirtschaftslage kein Verständnis entgegenbringt, entgegenzutreten. Auch im benachbarten Ausland, das uns in den letzten Jahren reichlich mit Spenden bedacht hat, ist für Veranstaltungen in solchen Ausmaßen kein Verständnis.

In diesem Zusammenhange mache ich auch auf die Sittlichkeitsdelikte an Jugendlichen, gegen die wir seit einigen Monaten im stärksten Kampf stehen, aufmerksam, nehmen sie doch gerade vielfach bei den Fastnachtsveranstaltungen ihren Ausgangspunkt.

Verw.d.Prov.Hauptstadt Mü.d.W.2.50. gez. Hackethal

-Schulamt 200/1 Zu den Akten.

Beglaubigt:

Qillimiam

St.O.J.

Be.20.2.50. Angestellter



Stadtarchiv

# Erklärungen

Regierungspräsident, P / Schulabt.

Behördenchef der Bezirksregierung. Sie ist für die Umsetzung der Landesaufgaben in den Regionen zuständig oder für Projekte, die mehrere Kreise betreffen, z.B. beim Bau großer Straßen. Dazu gehört auch die Schulaufsicht, die durch die Schulabteilung ausgeführt wird. Sie organisiert unter anderem die Ausbildung der Lehrkräfte oder das Zentralabitur.

Die Landräte und Oberkreisdirektoren, Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren waren die jeweils zwei höchsten Ämter in einem Kreis bzw. in einer kreisfreien Stadt. Sie standen der gesamten Verwaltung in ihrem Zuständigkeitsgebiet vor. Eine Hierarchieebene unter ihnen gab es die Räte, die für einen bestimmten Aufgabenkreis der Verwaltungen zuständig waren: Die Schulräte etwa für Fragen rund um die Schulen in ihrem Kreis.

Kommunale Gebietskörperschaft Ein Kreis, eine Gemeinde oder eine kreisfreie Stadt mit einem abgegrenzten Gebiet, auf dem sie eigenständig handelt, die Verwaltung organisiert, z.B. über Müllgebühren oder den Bau von Schwimmbädern entscheidet.

Vertretungskörperschaften

Die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger in einer Gebietskörperschaft, z.B. der Stadtrat oder der Kreistag.

Fastnacht

Ein anderer Begriff für die Feierlichkeiten vor dem Beginn der Fastenzeit, die in Westfalen und im Rheinland heute oft als Karneval bezeichnet werden.

Sittlichkeitsdelikte

Ein (veralteter) Begriff für Verbrechen, die im Zusammenhang mit Sexualität stehen. Im Lauf der Zeit wandelte sich die Vorstellung, was gegen die Sittlichkeit verstößt, z.B. wer sich öffentlich entkleidet, wer andere Menschen ohne deren Zustimmung sexuell berührt. Auch Homosexualität und Geschlechtsverkehr von nicht verheirateten Menschen wurden in der Vergangenheit hierunter gefasst.

Verw.d.Prov.Hauptstadt - Schulamt 200/1

Das Schulamt der Verwaltung der Provinzialhauptstadt Münster, das wie die Schulabteilung der Bezirksregierung für ähnliche Aufgaben in der Stadt Münster zuständig ist.

gez. Hackethal

gezeichnet Franz Hackethal (Regierungspräsident von Münster 1945-1956), der aber nicht selbst dieses Schreiben formuliert hat, sondern als Behörde unterschreibt. Vermutlich hat ein Mitarbeiter aus der Schulabteilung das Schreiben verfasst. Ein Angestellter hat das Schreiben beglaubigt, das heißt, er hat eine Abschrift des Originals auf dessen Richtigkeit geprüft.

# Vorschläge für Arbeitsaufträge

Beschreibt auf Grundlage der Quelle die Lebensbedingungen in der Nachkriegszeit.

Diskutiert, woher die Lust vieler Menschen auf Vergnügen etwa mit Karnevalsfeiern gekommen sein könnte.

Ordnet das Plakat in die allgemeinen Lebensumstände der Nachkriegszeit ein:

- o Welche Herausforderungen hatte die deutsche Gesellschaft nach 1945 zu bewältigen?
- o Deutet sich hier ein möglicher Generationenkonflikt an?
- o Gibt es Hinweise, wie die Menschen in der frühen Nachkriegszeit mit der nationalsozialistischen Vergangenheit umgegangen sind?



# **Historische Einordnung**

Stadtarchiv

Als alliierte Soldaten Münster an Ostern 1945 eroberten, war die Stadt völlig zerstört. Schon bevor das Deutsche Reich am 8. Mai 1945 kapitulierte, hatten die US-amerikanische und britische Militärregierung in Münster und im Umland mit dem Wiederaufbau begonnen. In der Besatzungszeit wurden unter Aufsicht der Alliierten – Münster lag in der britischen Besatzungszone – das politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben allmählich wieder in Gang gesetzt. Mit Gründung der Bundesrepublik als parlamentarische Demokratie erhielten die Westdeutschen weitgehende Regierungsbefugnisse zurück.

Münster war eine der am stärksten zerstörten Städte Nordrhein-Westfalens, zudem brachten die Wiederaufbauprobleme mit hohen Kosten und die gleichzeitig ausbleibenden Steuereinnahmen zu Beginn der 1950er eine finanzielle Krise über die Stadt. Die allgemeine Zerstörung und die vielen zuziehenden Menschen sorgten zwischenzeitlich für eine relativ hohe Arbeitslosigkeit.

Zwar waren Anfang der 1950er Jahre schon die gröbsten Mängel behoben worden, doch lebten viele Menschen weiterhin in Notunterkünften, provisorischen Baracken oder als Untermieter bei fremden Familien. Auch die Schulen hatten 1950 noch massive Raumsorgen. Immerhin wurde 1950 die Rationierung von Lebensmitteln mit Ausnahme von Zucker aufgehoben (die Regelung, dass jedem Haushalt nur eine beschränkte Menge von Lebensmitteln zur Verfügung stand).

Erst ab Mitte der 1950er Jahre sollte sich die Lage stabilisieren.<sup>1</sup> Die 1950er Jahre erschienen manchen Zeitgenossinnen und Zeitgenossen dann wie "Wunderjahre", als innerhalb kurzer Zeit nach Gründung der Bundesrepublik dank internationaler Finanzierung und der Wiedereinbindung der BRD in die internationale Gemeinschaft schnell die Vorzüge der Demokratie genossen werden konnten.<sup>2</sup> Der langsam steigende Wohlstand ermöglichte es immer breiteren Schichten, mit Erspartem erstmals frei über Konsum und Freizeitgestaltung selbst entscheiden zu können.<sup>3</sup>

Schon in der frühen Nachkriegszeit hatten trotz oder vielleicht auch wegen großer Wohnungsnot, katastrophaler Ernährungslage und Mängeln in allen Lebensbereichen viele Menschen nach Jahren des Kriegs und der Diktatur ein großes Bedürfnis nach kulturellen Veranstaltungen.<sup>3</sup> Auch in Münster gründeten sich Vereine neu, die von den Nationalsozialisten verboten worden waren. Die Verwaltung trieb den Wiederaufbau von Kultureinrichtungen wie dem Theater oder der Stadtbücherei ab den frühen 1950er Jahren voran, nachdem größte Probleme behoben worden waren.

Die Sehnsucht nach alten Zeiten vor Nationalsozialismus und Krieg drückte sich in Münster ganz konkret im Wiederaufbau des Prinzipalmarkts nach alten Vorbildern aus. Über bauliche Gestaltungsfragen hinaus sahen viele Bürgerinnen und Bürger das alte Münster aus früheren Jahrhunderten als erstrebenswerte Idylle an: westfälische Küche oder volkstümliche Literatur und vermeintlich jahrhundertealte Festtraditionen erfuhren neue Aufmerksamkeit.

In Karnevalshochburgen wie Köln genauso wie in kleinen Ortschaften feierten die Menschen schon im Februar 1946 wieder Karneval. Ab 1949 fanden erstmals wieder Rosenmontagsumzüge statt. Als "Hit der Stunde" galt Karl Berbuers Schlager "Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien". Auf dem Weg zur Gründung der Bundesrepublik schlossen sich 1948 die drei westlichen Besatzungszonen zur "Trizone" zusammen. Das Bedürfnis vieler Zeitgenossen, als Nation von anderen Staaten wieder ernst genommen und losgelöst vom Krieg betrachtet zu werden, drückte der Kölner Schlagersänger in seinem Lied auf satirische Weise aus.

<sup>[1]</sup> Vgl. Philipp Erdmann: Kommunales Krisenhandeln im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit. Die Stadtverwaltung Münster zwischen Nationalsozialismus und Demokratisierung, Münster 2019, S. 407f. [2] Vgl. Axel Schollmeier u.a. (Hgg.): Die Wunderjahre. Münster in Fotos 1950-1958, Münster 2006, S. 9.

<sup>[3]</sup> Vgl. Werner Plumpe: Der Geist der fünfziger Jahre, in: Horst Romeyk u.a. (Hgg.), Nordrhein-Westfalen. Ein Land in seiner Geschichte. Aspekte und Konturen 1946-1996, Münster 1996, S. 153-170, hier S. 166f.

<sup>[4]</sup> Vgl. Karl Teppe: Politisches System, gesellschaftliche Strukturen und kulturelles Leben seit dem zweiten Weltkrieg, in: Geschichte der Stadt Münster, Band 3, S.1-82, hier S. 66.



# Zur Quelle: Unangebrachte Vergnügungen

Am 12. Februar 1950 forderte die Schulabteilung des Regierungspräsidiums in Münster die Landräte und Oberkreisdirektoren sowie die Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren und die Kreis- und Stadtschulräte auf, "Vergnügungsveranstaltungen" nur zurückhaltend zu genehmigen.

Das Verwaltungsbüro des Oberstadtdirektors in Münster leitete das Schreiben dann an das Schulamt der Stadt weiter, das es "zu den Akten" legte, wie die Unterschriftenkürzel am Ende der Seite belegen. Das bedeutet, das Schulamt hat den Inhalt des Schreibens zur Kenntnis genommen und die Anweisung berücksichtigt oder die Aufgabe erledigt. Vermutlich erhielten auch andere im Schreiben erwähnten Stellen wie die Vertretungskörperschaft, also der Rat der Stadt, oder das Ordnungsamt diese Anweisung. Sie sollten dafür sorgen, dass rund um den Karneval in Münster 1950 keine ausufernden Feiern stattfänden.

Die Quellen heute geben keine Auskunft darüber, ob die zuständigen Behörden die Aufforderung umsetzten und ob die Bevölkerung, allen voran die jungen Menschen, dieser Bitte um Zurückhaltung folgten.

Zumindest war bei den Verwaltungen, in diesem Fall beim Regierungspräsidenten in Münster, ein Bewusstsein für mögliche Spannungen zwischen ausgelassen feiernden Bevölkerungsgruppen und weiterhin in Armut lebenden Bevölkerungsgruppen vorhanden, wie diese Quelle belegt. Der tiefsitzenden Sehnsucht nach Normalität und auch Vergnügungen im Alltag standen große Probleme im Wiederaufbau und in der Versorgung vieler Menschen entgegen. Es sollte bis weit in die 1950er Jahre dauern, bis auch in Münster die gröbsten Mängel behoben werden konnten. In Münster fand am 20. Februar 1950 erstmals wieder ein Rosenmontagsumzug statt. Zehntausende jubelten den Wagen zu, die wie bis heute üblich zeitgenössische politische Debatten ironisch zum Thema machten.

Solche pragmatischen Aufbauprobleme einerseits und Vergnügungswünsche andererseits führten zu einem weitverbreiteten Bedürfnis, die nationalsozialistische Vergangenheit außerhalb der Entnazifizierung oder der von Alliierten organisierten Gerichtsprozesse nicht mehr zu thematisieren. Während die deutsche Mehrheitsbevölkerung ihren bescheidenen neuen Wohlstand feierte, litten viele NS-Verfolgte auch in der Bundesrepublik darunter, als gesellschaftliche Außenseiter nur wenig vom gesellschaftlichen Leben zu profitieren.